

## Vorlage Stadtparlament

Datum	21. Januar 2020
Beschluss Nr.	3786
Aktenplan	152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

### **Interpellation der CVP/EVP-Fraktion: «Differenzen zwischen Dienststelle Schule und Musik mit dem Verband Lehrpersonen Sektion St. Gallen (VLSG) / Massnahmen drängen sich auf»; schriftlich**

Zehn Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion und vier weitere mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments, insgesamt 14 Parlamentsmitglieder, reichten am 19. November 2019 die beiliegende Interpellation «Differenzen zwischen Dienststelle Schule und Musik mit dem Verband Lehrpersonen Sektion St. Gallen (VLSG) / Massnahmen drängen sich auf» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Gestützt auf das Reglement über die Personalverbände und Personalausschüsse (SRS 191.126) räumt die Stadt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Recht auf Mitwirkung ein in den für sie relevanten Personal-, Sozial-, Organisations- und Betriebsfragen. Damit sollen die Mitverantwortung, die Mitgestaltung, das Interesse an der Arbeit und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gefördert werden. Die Mitwirkung wird ausgeübt durch die Personalverbände, insbesondere durch deren Zusammenschluss (Verbändekonferenz). Eine Delegation der Verbändekonferenz trifft sich zweimal jährlich mit dem Stadtpräsidenten und weiteren Vertretungen der Stadtverwaltung zum Austausch.

Grundsätzlich stehen dem städtischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (VLSG, früher SLLV) dieselben Mitwirkungsrechte wie anderen Personalverbänden zu. Diesem wird zudem ein Mitwirkungsrecht in pädagogischen Fachfragen eingeräumt (Art. 25 Abs. 2 der Schulordnung, SRS 211.1). Eine Delegation der Dienststelle Schule und Musik resp. der Direktion Bildung und Freizeit einerseits und des VLSG andererseits trifft sich regelmässig zum gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch. In der jüngeren Vergangenheit fanden in der Regel jährlich drei Sitzungen statt.

Am 26. September 2019 wurde die in der Interpellation erwähnte Podiumsdiskussion durchgeführt, die von der städtischen CVP organisiert wurde. Auf dem Podium vertraten waren die Leiterin der Dienststelle Schule und Musik und zwei Vertreter des kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (KLV). Der VLSG war auf dem Podium nicht vertreten. Im Zeitungsbericht des St.Galler Tagblatts vom 27. September 2019 wird die Podiumsdiskussion als «Chropfleerete» bezeichnet. Weiter wird dort ausgeführt, dass nichts Anderes erwartet werden könne, wenn unmittelbar nach dem medialen Rummel um die Kündigung zweier Lehrer in der Stadt St.Gallen die Dienststellenleiterin mit Vertretern einer Lehrgewerkschaft aufs gleiche Podium gestellt werde.

## 2 Beantwortung der Fragen

1. *Welche Massnahmen wurden bereits ergriffen, um diese von Misstrauen geprägte Situation zwischen der Dienststelle Schule und Musik und den Lehrerverbänden zu entschärfen? Weshalb haben diese Massnahmen nicht gegriffen?*

In der Fragestellung ist die Rede von den Lehrerverbänden. Bei der Beantwortung ist zu unterscheiden zwischen den beiden Verbänden KLV und VLSG. Der KLV steht im Gegensatz zum VLSG nicht im regelmässigen direkten Austausch mit der Dienststelle Schule und Musik. Die nachfolgende Antwort bezieht sich auf den VLSG.

Bereits der ehemalige Schulrat und auch das ehemalige Schulamt thematisierten mehrfach die Zusammenarbeit und den Austausch mit dem SLLV resp. dem VLSG. Massnahmen zur Verbesserung des Austausches unternahm die Dienststelle resp. die Direktion letztmals im Jahr 2017. Damals wurden im Rahmen der dreimal jährlich stattfindenden Sitzungen die Standardtraktanden «Informationen aus der Direktion» und «Informationen aus der Dienststelle» eingeführt. Dabei wird unaufgefordert über die für den VLSG relevanten Entwicklungen und Arbeiten informiert. Weiter wurde in den Jahren 2017 und 2018 die Delegation der Direktion erweitert. Nebst dem Direktor und der Dienststellenleitung sind seither auch die beiden Abteilungsleitungen und eine Schulleiterin anwesend. In Bezug auf den Informationsaustausch haben die eingeleiteten Massnahmen gegriffen.

Im Kontext der vorliegenden Interpellation ist nicht nur der Austausch mit den Lehrerverbänden von Bedeutung, sondern auch der Einbezug der Lehrpersonen generell. In den letzten zwei Jahren hat die Dienststelle Schule und Musik erfolgreich mehrere Massnahmen umgesetzt. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch eine Mitarbeitendenbefragung im Jahr 2016. Diese zeigte grundsätzlich eine hohe Arbeitszufriedenheit und eine hohe Arbeitsmotivation. Sie deckte aber auch auf, dass viele Lehrpersonen eine grössere Nähe zur Dienststellenleitung und eine vermehrte Einbindung in strategische Themen wünschen. Darauf hat die Dienststelle Schule und Musik mit mehreren Massnahmen reagiert<sup>1</sup>. Eine am 12. November 2019 durchgeführte Evaluation zeigt, dass diese Massnahmen erfolgreich umgesetzt wurden. Teilgenommen haben 91 Mitarbeitende aus allen städtischen Schulen. Sie bewerteten in Form einer Rating-Konferenz die betreffenden zehn Massnahmen, wobei ein Ampelsystem<sup>2</sup> zum Einsatz kam. Fünf Massnahmen wurden mehrheitlich als „gut spürbar“ (grüner Bereich) bewertet, vier Massnahmen als mehrheitlich „teilweise spürbar“ (gelber Bereich) und nur eine Massnahme mehrheitlich als „noch nicht spürbar“ (roter Bereich). Dieses Ergebnis zeigt, dass die Lehrpersonen mit den vertrauensbezogenen Massnahmen grossmehrheitlich zufrieden sind. Der ebenfalls eingeladene VLSG nahm an der Rating-Konferenz nicht teil.

Die in der Schulordnung verankerte Mitwirkung des VLSG in pädagogischen Fachfragen erfolgt heute auch in den als Antwort auf die Mitarbeitendenbefragung geschaffenen neuen Gefässen. Das gilt insbesondere für die Grossgruppenworkshops zu spezifischen pädagogischen Fragen. Nebst allen Lehrpersonen wird auch der VLSG jeweils dazu eingeladen.

---

<sup>1</sup> Für weiterführende Aussagen dazu wird auf die Beantwortung der Interpellation «Fluktuation an unserer Volksschule – Business as usual?» (Stadtparlamentsvorlage Nr. 3485 vom 22. Oktober 2019) verwiesen, insb. auf die Antwort zur vierten Frage.

<sup>2</sup> Grün = Massnahme gut spürbar; Gelb = Massnahme teilweise spürbar; Rot = Massnahme (noch) nicht spürbar

## 2. Welche Massnahmen ergreift die Stadt St.Gallen, um einen guten Start für die neue Dienststellenleitung Schule und Musik zu ermöglichen?

Wie bereits in der vorstehenden Antwort aufgezeigt wurde, sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Lehrpersonen in strategischen Themen und Fragen deutlich erhöht worden. Zudem finden regelmässig Sitzungen zwischen Vertretungen der Dienststelle resp. der Direktion und dem VLSG statt. Damit besteht im Hinblick auf den Start der neuen Dienststellenleitung – auch dank der guten und erfolgreichen Arbeit der Vorgängerin – eine vielversprechende Ausgangslage. Ein noch verbliebener Handlungsbedarf besteht darin, dass im Rahmen der regelmässig stattfindenden Sitzungen der Dienststelle resp. Direktion mit dem VLSG die Rollen der Beteiligten und die Grundsätze des Austausches geklärt werden müssen.

Es wäre unvollständig, die Frage nach der Schaffung der Bedingungen für einen guten Start der neuen Dienststellenleitung einzig der Stadt resp. der Stadtverwaltung zu stellen. Einen entscheidenden Einfluss darauf haben auch die Lehrerverbände. In der Interpellation ist die Rede von «Differenzen» und «verhärteten Fronten». Um die Dynamik verstehen zu können, braucht es eine Auseinandersetzung mit den Inhalten der Kritik und der Art und Weise, wie sie vorgebracht wurden. Den angesprochenen Differenzen liegt eine Geschichte zugrunde. Es ist unerlässlich, einen sachlichen Blick darauf zu werfen.

In der Beilage sind Zitate aus Mitteilungen oder Protokollen des SLLV resp. VLSG aufgeführt, die aktiv kommuniziert oder zumindest öffentlich zugänglich gemacht wurden. Beleuchtet wird der Zeitraum von 1994 bis heute. Es fällt auf, dass die verantwortliche Führung der städtischen Schulen zu verschiedenen Zeiten und unabhängig von der jeweiligen Führungspersonen zuweilen hart kritisiert wurde, teilweise verbunden mit einer Herabwürdigung<sup>3</sup>. Weiter kann festgestellt werden, dass unabhängig von den jeweiligen Führungspersonen seit Jahren immer wieder ähnlich lautende Botschaften und Inhalte kommuniziert werden. So ist mehrfach und unabhängig von den jeweiligen Führungspersonen die Rede von mangelnder Wertschätzung und Menschlichkeit oder einem angeblichen «Klima der Angst». Dies verbunden mit der Behauptung, dass Kritik «im Keime erstickt» oder mit einer «schnöden Antwort» abgetan werde und kritische Lehrpersonen oder Schulleitungen ins Schulamt resp. in die Dienststelle Schule und Musik «zitiert» und mit «unzimperlichen Methoden» zum Schweigen gebracht würden, teilweise unter Androhung von Nachteilen bis hin zu Disziplinarverfahren oder Kündigungen.

Die Art und Weise der vorstehend zusammengefassten Vorwürfe steht in einem Spannungsverhältnis zur Tatsache, dass während all diesen Jahren regelmässig Sitzungen zwischen der Dienststelle resp. der Direktion und dem VLSG stattgefunden haben, in denen gegenseitig Informationen ausgetauscht wurden, an denen angemessene und sachdienliche Kritik angebracht werden konnte und die dem Einbezug dienen. Der Stadtrat versteht, dass dieser Umstand, der seit vielen Jahren besteht, aus Sicht

---

<sup>3</sup> Im Sinne eines Beispiels die Petition des städtischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands, Wir brauchen keinen Schulinfarkt, vom 27. November 2007, Seite 4: «An der im Juni 2007 abgehaltenen Jahresversammlung des Städtischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (SLLV) wird im Jahresbericht des Präsidiums Kritik und Unbehagen gegenüber der Direktion Schule und Sport in klaren Worten geäussert. Es folgt ein langer und starker Beifall. Frau Barbara Eberhard, Stadträtin und Direktorin Schule und Sport, geht über diese Bekundung von Vertrauensverlust hinweg und versäumt es bis heute, darauf einzugehen.»; «Eine positive Grundhaltung und Wohlwollen gegenüber den Lehrpersonen seitens Stadträtin Eberhard und Chef Schulamt Crottoni sind von der Lehrerschaft nicht wahrzunehmen. Das Vertrauen sackt ins Nichts ab.»

der Dienststelle resp. der Direktion als unbefriedigend und irritierend wahrgenommen wird. Der damals führungsverantwortliche Schulrat stellte bereits an seiner Sitzung vom 9. September 2003 fest, der SLLV werde «nicht müde, immer wieder Aktivitäten und Entscheide des Schulrates massiv öffentlich zu kritisieren». Dass sich die Fronten vor dieser Ausgangslage verhärtet haben, wie in der Interpellation festgestellt wird, ist nicht verwunderlich.

*3. Mit welchem Vorgehen kann die Stadt St.Gallen in Zukunft solche Differenzen besser und früher schlichten, damit diese nicht mehr öffentlich ausgetragen werden?*

Dass eine Gewerkschaft Kritik übt, ist nicht zu beanstanden. Im Gegenteil: Die in konstruktivem Sinne geäußerte und in angemessener Form vorgebrachte Kritik ist erwünscht. Es gehört aber ebenso zur Rolle der Arbeitgeberin, dass sie unangemessene oder destruktive Kritik zurückweist.

Zur Dynamik beigetragen hat auch die Schärfe, mit welcher Kritik teilweise geäußert wurde. Zudem wurden über Jahre hinweg und unabhängig von den jeweiligen Führungspersonen immer wieder ähnlich lautende Kernbotschaften vorgebracht, die teilweise den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Es braucht auch ein Umdenken beim VLSG. Kritik darf und soll sachlich und im konstruktiven Sinne angebracht werden. Der richtige Ort dafür sind die regelmässig stattfindenden Sitzungen. Damit ein zielführender Dialog entstehen kann, braucht es von allen Beteiligten Offenheit und eine konstruktive Haltung, aber auch ein Rollenbewusstsein. Bezüglich der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gilt nicht nur das von der Stadt eingeräumte Recht auf Mitwirkung, sondern auch die Treuepflicht der in der Gewerkschaft zusammengeschlossenen Mitarbeitenden gegenüber ihrer Arbeitgeberin.

Der Stadtrat erwartet, dass der inhaltliche Austausch zwischen dem VLSG und der Dienststelle und auch die kritische Diskussion im direkten Gespräch von Angesicht zu Angesicht geführt wird und nicht in der Öffentlichkeit.

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilagen:

- Aussagen des städtischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes über Schulverwaltung und Behörden
- Interpellation vom 19. November 2019